

„LUST ZU GERECHTIGKEIT“

Vorbereitungspapier für die Frühjahrstagung der Synode des Evangelischen Kirchenkreises Solingen am 1. und 2. Juni 2007 zum Hauptthema „Globalisierung“

1. WAS UNS BEWEGT

„Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“ (1. Kor 12,26a)

Im Blick auf die Landessynode 2008 der EKIR, die sich mit der „wirtschaftlichen Globalisierung und ihren Herausforderungen für die Kirchen“ beschäftigen wird, befasst sich die Synode des Kirchenkreises Solingen mit dieser Thematik.

Der Aufruf, uns als Kirche mit der wirtschaftlichen Globalisierung auseinanderzusetzen, erreicht uns aus den Kirchen des Südens, wo viele Menschen verschärft unter den negativen Globalisierungsfolgen leiden. Auch unsere Partnerkirche in Indonesien, die Gereja Kristen Protestan Simalungun (GKPS), schreibt uns, dass die Asienkrise - Konsequenz liberalisierter globaler Finanzmärkte - eine „Tragödie“ war, die „den wirtschaftlichen Erfolg der letzten zwei Jahrzehnte auf der Stelle versenkt“ und die Zukunftsperspektiven am Vorabend des 3. Jahrtausend „umgekehrt“ hat (Brief des Generalsekretärs, Pfr. M. Rumanja Purba, vom 28. 12. 2006).

In unserem Leitbild haben wir formuliert: „Die weltweite Gemeinschaft des Leibes Christi soll für uns exemplarisch erfahrbar werden in der Partnerschaft mit dem Kirchenkreis Medan der GKPS/Indonesien und soll sichtbares Zeichen unserer geglaubten Einheit sein.“ Durch das Leiden von Menschen in unserer Partnerkirche sind wir herausgefordert, uns mit den Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung auseinanderzusetzen, und wir tun dies exemplarisch im Blick auf Indonesien und auf unsere Stadt.

Globalisierung umfasst eine Vielzahl von Aspekten, darunter politische, militärische, wirtschaftliche, kulturelle, technologische, soziale und ökologische. Unter dem gemäß unserer Themenstellung leitenden wirtschaftlichen Gesichtspunkt meint Globalisierung „die transnationale Integration vormals getrennter Märkte für Güter und Dienstleistungen, Arbeit und Kapital. Diese Integration wird vorangetrieben durch sinkende Transport- und Kommunikationskosten infolge technischen Fortschritts, aber auch durch politische Reformen.“ (Ingo Pies: Artikel „Globalisierung“. In: Die Religion in Geschichte und Gegenwart. 4. Auflage. Band 3. Spalte 1006).

2. WAS WIR SEHEN

In Indonesien

Finanzkrise

Der bei uns als „Asienkrise“ bekannte Zusammenbruch des asiatischen Finanzmarktes 1997/98 war schon beim Partnerschaftsbesuch 2003 in Indonesien ein immer wiederkehrendes Thema.

Hintergrund ist, dass in den 90er Jahren die asiatischen Märkte aufgrund ihres hohen Wachstums und Zinsniveaus eine attraktive Anlagemöglichkeit für Kapitalüberschüsse aus den USA, Europa und Japan waren und zugleich die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) durchgesetzte Öffnung der Finanzmärkte den ungehemmten Zufluss internationaler Liquidität auch ermöglichte. Dies führte zu einer Finanzblase, die durch eine gezielte Spekulation gegen den thailändischen Bath am 2. Juli 1997 platzte.

Für Indonesien bedeutete dies, so schreibt GKPS-Generalsekretär R. Purba, dass „in einem Schneeballeffekt die Währungskrise in eine Wirtschaftskrise und dann in eine soziale und politische Krise führte“: kurzfristige ausländische Kredite wurden abgezogen und, damit zusammenhängend, brach der Wechselkurs der indonesischen Rupiah um über 80% ein, was wiederum die Bedienung der Auslandsschulden verteuerte und eine Liquiditätskrise verursachte, die die Produktion einbrechen ließ. „Negativ an der Globalisierung ist“, so kommentierte der Ephorus (Bischof) der GKPS, Belman Purba Dasuha, bei seinem Besuch in Solingen am 30. 3. 2007 diese Vorgänge, „dass die Länder, die die Macht haben, die armen Länder bestimmen können. So wird unsere Währung von Wallstreet beeinflusst. Dadurch sind viele Firmen in Indonesien bankrott gegangen, was die Arbeitslosigkeit vergrößert hat. Es ist heute schwer, Arbeit zu finden.“

„Die am härtesten betroffenen Bereiche waren der Bausektor, das Bankwesen und das verarbeitende Gewerbe, mit dem Ergebnis, dass Beschäftigte entlassen wurden und die Arbeitslosigkeit stieg. Dies wiederum führte dazu, dass der Anteil der Armen bis auf 50% der Gesamtbevölkerung stieg“ (Brief von R. Purba). Zur Verarmung der Bevölkerung trug ebenfalls die Auflage des IWF für seine Beistandskredite bei, nämlich Subventionen auf Nahrungsmittel und Brennstoff zu streichen, was „die Leute wild gemacht hat und Volksaufruhr zur Folge hatte“ (ebd.). Zusammenfassend „können wir sagen, dass das Jahr 1998 eine furchtbare Episode in Indonesiens Wirtschaft war. Sie hat ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftslage in Indonesien noch bis heute.“ (ebd.)

Arbeit in Sonderwirtschaftszonen

Arbeit kann man in Indonesien insbesondere noch in den Sonderwirtschaftszonen finden, die ein charakteristisches Phänomen in der wirtschaftlichen Globalisierung sind. In ihnen wird neben Elektro- und Elektronikartikeln vor allem Bekleidung für den Weltmarkt produziert. Hier sind vor allem junge Frauen beschäftigt. Dort produzierte Waren werden auch in Solingen gekauft, in der Regel ohne dass dies für die Käuferinnen und Käufer erkennbar ist.

Sonderwirtschaftszonen (oder Freihandelszonen) werden eingerichtet, um ausländische Investitionen anzuziehen. Die in ihnen angesiedelten Unternehmen zahlen – in der Regel für 10 Jahre – keine Steuern und können zollfrei importieren und exportieren. Die nationale Arbeitsgesetzgebung gilt nur eingeschränkt, gewerkschaftliche Organisation ist untersagt. Der „Vorteil“ für die Länder besteht in der Schaffung von Arbeitsplätzen, allerdings unter äußerst prekären Bedingungen. Steuerzahlungen nach 10 Jahren sowie der erhoffte Technologietransfer unterbleiben, weil die Produktionsstätten spätestens dann abgebaut und in andere Länder verlagert werden, wo wieder alle Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können.

Ab 1986 wurden in Indonesien vermehrt Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, durch die niedrigen Löhne und Arbeitskosten wurde das Land einer der bedeutendsten Produktionsstandorte für die weltweite Bekleidungs- und Sportschuhindustrie. Die Attraktivität stieg weiter an, als durch den Verfall der indonesischen Währung in der Asienkrise die Lieferungen aus Indonesien erheblich billiger wurden.

Der Währungsverfall führte gleichzeitig zu einer verschärften Inflation - der Preisindex für Nahrungsmittel stieg zwischen Juni 1997 und August 1998 um 240% an. Da die Mindestlöhne aber nur um 16,1% erhöht wurden, sind die Löhne definitiv nicht mehr Existenz sichernd. Neben vielen weiteren Problemen wie Lohnabzüge bei Krankheit oder Verspätung und mangelnder Arbeits- und Gesundheitsschutz wird insbesondere von übermäßigen Arbeitszeiten und Zwang zu Überstunden berichtet. „Ito, eine Näherin in der Tuntex-Fabrik, berichtet, dass sie jeden Tag 350 Kleidungsstücke nähen muss. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie von 7.30 bis 21 Uhr arbeiten. Sie darf nicht nach Hause gehen, bevor dieses Ziel erreicht ist. Jedoch schafft sie diese Stückzahl oft nicht, da sie die täglichen Überstunden bis 21 Uhr erschöpft haben.“ (Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähen für deutsche Modemultis. Sieburg 2000. S. 51)

Der Druck von Konsumenten über die „Kampagne für Saubere Kleidung“ auf deutsche Handelsketten hat bewirkt, dass teilweise die größten Missstände wie Kinderarbeit, Diskriminierung von Schwangeren und Grundlöhnen unterhalb des Mindestlohns beseitigt wurden, jedoch halten menschenunwürdige und nicht Existenz sichernde Arbeitsbedingungen an.

In Solingen

Für unseren eigenen Solinger Kontext sei hier exemplarisch auf die Situation der Metallwarenindustrie hingewiesen.

Verlust und Erhalt von Arbeitsplätzen

Viele in der ansässigen Industrie arbeitenden Menschen machen sich angesichts der zunehmenden Firmenpleiten vor allem Sorgen darüber, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Bei unseren Gesprächspartnern herrscht allerdings sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite die Meinung vor, der Niedergang der Industrie im Bergischen Dreieck

habe weniger mit der Globalisierung zu tun als mit hausgemachten Fehlern. Nachdem die große Nachfrage nach Ende des Zweiten Weltkriegs, die auch Grenzanbietern Gewinne ermöglichte, sich abschwächte, hätten viele Firmen verpasst, ihre Produktion umzustellen. Andere Unternehmen hätten überlebt, weil sie sich auf die Produktion hochwertiger Klengen oder die Herstellung von exklusiven Messern spezialisiert und bzw. oder durch konsequente Rationalisierung und technische Modernisierung für den deutschen und den weltweiten Markt wettbewerbsfähig gemacht haben.

Standortkonkurrenz?

Zugunsten des Standorts Solingen wurden Wilkinson-Werke in England und in Amsterdam geschlossen, d.h. das Solinger Werk ist aufgrund seiner Produktivität bisher Gewinner des globalen Wettbewerbs geblieben.

Zwilling hat ein Werk in China gebaut, wo die einfachere Produktlinie (unter den Namen Henckels International) für den chinesischen und nordamerikanischen Markt produziert wird. In Deutschland wird weiterhin die hochwertige Produktlinie „Zwilling“ hergestellt. Angesichts der Tatsache, dass diese Auslandsinvestitionen für den Verkauf auf anderen Märkten getätigt werden, die sonst nicht zugänglich wären, lässt sich einerseits die These bezweifeln, dass Auslandsinvestitionen Arbeitsplätze in Deutschland sichern, andererseits aber auch die Behauptung, die neuen Standorte träten in Konkurrenz zu den deutschen Standorten.

Eine solche Standortkonkurrenz entsteht dann, wenn etwa durch ein deutsches Konsumverhalten nach dem Motto „billig ist besser“ die hochwertigeren „Zwilling“-Messer von den „Henckels International“-Billigprodukten verdrängt werden. Ähnliches ist schon der Fall in der Zulieferproduktion der Automobilindustrie. Die großen Autobauer haben ihre Zulieferer gezwungen, an ihren ausländischen Standorten zu gleicher Qualität zu produzieren - zuletzt ist Hammerstein betroffen, wobei die Verlierer hier nicht nur gering Qualifizierte, sondern auch Menschen mit Behinderungen sind. Die im Ausland billiger produzierten Qualitätsprodukte werden auch zurück nach Deutschland importiert.

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Durch Standortkonkurrenz werden Belegschaften erpressbar. Das Werk in Shanghai ermöglicht es dem Management von Zwilling, in Solingen Druck auszuüben: Entweder werden hier längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich akzeptiert oder es droht die Verlagerung von Produktion nach Shanghai. Demgegenüber werden Zusagen über zunächst gesicherte Arbeitsplätze und Investitionen vom Arbeitgeber geltend gemacht.

Betriebe wie Wilkinson stellen in den lohnintensiven Bereichen verstärkt Beschäftigte auf Leiharbeitsbasis mit erheblich niedrigeren Löhnen als den Tariflöhnen ein. Die Erleichterung und damit Vermehrung von Leiharbeit ist wegen der Globalisierung politisch gewollt: Man möchte die Leichtlohnarbeitsplätze hier behalten, statt dass sie nach Osteuropa oder Asien abwandern.

Im Kontext des Globalisierungsprozesses nimmt hierzulande zudem der Leistungsdruck zu, wobei es sich weniger um körperliche als um psychische Belastung handelt.

3. WAS WIR GLAUBEN

Theologisches Nachdenken über die Menschen in der Globalisierung

In der Beschäftigung mit den Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung in Solingen und in Indonesien sind wir immer wieder auf die Frage gestoßen, welches Verständnis von den Menschen im Globalisierungsprozess herrscht und - damit verbunden - was wir als Christinnen und Christen dazu zu sagen haben.

In diesen globalisierten Wirtschaftsprozessen spielen Menschen vor allem als Produzierende und als Konsumierende eine Rolle; darüber hinaus begegneten dabei uns wiederholt ihre Erfahrungen von Ohnmacht und Anonymität.

Über diese drei Aspekte wollen wir auf dem Hintergrund der reformatorischen Theologie nachdenken, wie sie in Luthers Kleinem Katechismus (LKK) und im Heidelberger Katechismus (HK) formuliert ist.

Zu den Menschen als Produzierende

***„Ich bin gekommen, damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen.“
(Joh 10,10b)***

Verstärkt werden in der Situation weltweiter Konkurrenz die arbeitenden Menschen als „Kostenstelle mit zwei Ohren“ angesehen. Diese Sichtweise, die den Einzelnen auf die betriebswirtschaftlichen Kosten reduziert, führt dazu, dass erstens sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern, vom verdichteten Arbeitrhythmus in Solingen bis zu menschenunwürdiger Arbeit in den Sonderwirtschaftszonen, und dass zweitens für viele Menschen der Broterwerb durch Arbeit unmöglich wird, sei es, weil sie in die Arbeitslosigkeit fallen, sei es wie in Indonesien durch nicht Existenz sichernde Löhne. Ganz generell zeigt die Asienkrise, dass für das Gewinnstreben weltweiter Konzerne und Finanzgesellschaften die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen keine Rolle spielen.

Als Christinnen und Christen sind wir gewiss, dass uns „Gott geschaffen hat“ und uns „mit aller Notdurft und Nahrung dieses Leibes und Lebens ... reichlich und täglich versorget“ (LKK, zum 1. Artikel). So unumstößlich ist, dass Gott „der einzig Ursprung alles Guten“ ist und „ohne (s)einen Segen weder unsere Sorgen und Arbeit noch (s)eine Gaben uns gedeihen“ (HK 125), so wird doch zugleich deutlich, dass Lebenserhaltung und -förderung ein Grundanliegen menschlichen, auch wirtschaftlichen Handelns sein muss. Grundgelegt ist dies im Gebot „Du sollst nicht töten“, das darauf zielt, Leben zu erhalten. Das heißt „dass wir unserem Nächsten an seinem Leibe keinen Schaden noch Leid tun, sondern ihm helfen und fördern in allen Leibesnöten“ (LKK, zum 5. Gebot). Weiter ausgeführt wird das im Gebot „Du sollst nicht stehlen“, dass wir nämlich „unsers Nächsten ... Gut und Nahrung helfen bessern und behüten“ (LKK, zum 7. Gebot).

In diesem Sinn treten wir dafür ein, dass die Existenzsicherung für alle Menschen vorrangiges Ziel des Wirtschaftens sein muss. Dazu gehören insbesondere Arbeitsbedingungen, die an den Menschenrechten orientiert sind. Dies muss beim Kauf der Produkte erkennbar sein (Label), wie dies bei manchen Produktzertifikaten (TransFair, Rugmark etc.) tendenziell bereits der Fall ist. Angesichts der Veränderung der Arbeit im Globalisierungsprozess könnte es aber auch sinnvoll sein, Grundsicherung und Arbeit voneinander zu entkoppeln.

Zu den Menschen als Konsumierende

„Ihr seid teuer erkaufte; darum preist Gott mit eurem Leibe.“ (1. Kor 6,20)

Der Slogan „Geiz ist geil“ steht für ein Verständnis des Menschen, der ihn auf eine Schnäppchenkundenexistenz reduziert. Je billiger die Waren sind, desto mehr kann der Einzelne besitzen. Dabei übersehen wir nicht, dass in den unteren Einkommensgruppen der konsequent billige Einkauf notwendiger Teil der Überlebensstrategie ist. Zugleich beobachten wir, dass in allen Schichten - von der Verschuldung der einen bis zum Edelkonsum der anderen - der Erwerb entsprechender Güter dazu dient, real mehr Ansehen zu gewinnen. Vermehrt leiden Menschen auch darunter, sich diesem Konsumzwang nicht entziehen zu können.

Verbunden mit der Mentalität des Mehr-haben-Wollens ist eine weitere: Weil Teilen und Abgeben in dieser Einstellung undenkbar sind, kann eine Verbesserung der Lebensbedingungen armer und benachteiligter Menschen, wenn überhaupt, nur durch die Umverteilung von Zuwächsen erreicht werden. Beständiges Wachstum wird so zu einer Grundvoraussetzung des Wirtschaftens.

Als Christinnen und Christen sind wir gewiss, dass Jesus Christus uns „verlorn(e) und verdammt(e) Menschen erlöst hat, erworben, gewonnen von allen Sünden“ (LKK zum 2. Artikel). Diese Befreiung geschieht nicht und kann nicht geschehen „mit Gold oder Silber“, d.h. nicht in der Logik und mit den Mitteln der Geldwirtschaft, sondern gezahlt wird „mit seinem heiligen, teuren Blut“, d.h. mit etwas Unbezahlbarem, dem Leben (LKK ebd., fast wortgleich HK 34). Der befreite Mensch gewinnt seinen Wert demnach nicht durch eigenes Kaufen, sondern er ist wertvoll, weil er von Christus „erkauft“ sein „Eigentum“ (HK 34) und „seiner Salbung teilhaftig“ (HK 32) ist. Entsprechend verbietet Gott „auch allen Geiz und unnütze Verschwendung seiner Gaben“ (HK 110), sondern will, dass wir „Lust zu aller Gerechtigkeit haben sollen“ (HK 113).

In diesem Sinne treten wir für eine Art des Wirtschaftens ein, die den Menschen nicht als habgierigen Egozentriker gelten lässt und fördert. Wir halten ein Ende von Verschwendung und Überfluss für dringend erforderlich und sehen es auch nicht als abwegig oder bedrohlich an, wenn im Rahmen einer gerechteren und zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung die Völker des Nordens mit den anderen teilen und dabei diejenigen, die im Wohlstand leben, auf einen Teil desselben verzichten.

Zu Erfahrungen von Anonymität und Ohnmacht

„Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein!“ (Jes 43,1)

Für Solingen haben wir festgestellt, dass die Bedeutung ethischer Kriterien sowohl von der Besitzstruktur als auch von der Größe der Unternehmen abhängen kann. Familienunternehmen wirtschaften eher nach ethischen Kriterien als Unternehmen, in denen die Herkunft des Kapitals anonym ist und dessen Eigentümerinnen und Eigentümer nur auf Gewinn bedacht sind. Mittelständler, die ihre Mitarbeitenden persönlich kennen, handeln stärker nach ethischen Gesichtspunkten als Großunternehmen. Auch bei der Asienkrise hat der vorherige überhöhte Zustrom und dann Abzug anonymen ausländischen Kapitals zu einem Desaster für die Menschen geführt. Ebenso verschwinden ganze vom Globalisierungsprozess abgehängte Regionen wie Schwarzafrika in der Anonymität. Fehlende Kenntlichkeit von Kapital, Arbeitsverhältnissen und Ländern fördert Verantwortungslosigkeit gegenüber den konkreten menschlichen Bedürfnissen. Zugleich werden in unterschiedlichen Perspektiven (Arbeitgebende, Arbeitnehmende, Konsumierende) immer wieder Erfahrungen von Ohnmacht zum Ausdruck gebracht. Bei allen Beteiligten nimmt das Gefühl zu: „Ich kann nichts tun angesichts anderenorts gefällter Entscheidungen oder unüberschaubarer wirtschaftlicher Prozesse, ich bin ein Rädchen im Getriebe“, d.h. es gibt eine zunehmende Ohnmachts-, Entfremdungs- und Frusterfahrung, wobei diese allerdings bei den „freigesetzten“ Arbeitern sehr viel Existenz bedrohender ist als bei den sich getrieben fühlenden Managern und Kapitaleignern.

Als Christinnen und Christen sind wir gewiss, dass Jesus Christus „mich“, d.h. jeden einzelnen „verloren ... Menschen erlöst hat“ (LKK zum 2. Artikel). Weil daher auch jede und jeder „ein Glied Christi“ ist und „seinen Namen bekenn(t)“ (HK 32), sind wir bei Gott nicht anonym, wie wir denn auch durch die Taufe ihm namentlich zugeeignet werden. Christus befreit uns, damit wir „in seinem“ jetzt schon anbrechenden und in Ewigkeit vollendeten „Reich unter ihm lebe(n) und ihm diene(n)“ (LKK, ebd.). Christi Erlösungstat befreit uns also zum Handeln, zum Dienen. Dieser Dienst vollzieht sich, auch im wirtschaftlichen Bereich, sowohl individuell, nämlich „dass ich dem Bedürftigen in seiner Not helfen möge“ (HK 111), als auch strukturell, indem wir „mit freiem Gewissen in diesem Leben wider die Sünde und den Teufel streite(n)“ (HK 32).

In diesen Sinne wissen wir zwar, dass personale Beziehungen im globalisierten wirtschaftlichen Handeln weitestgehend nicht realisierbar sind, treten aber dafür ein, dass bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen die Betroffenen als konkrete Menschen kenntlich bleiben und in ihren Lebensbedürfnissen, ihrer Würde und ihren Rechten wahrgenommen werden.

Zugleich halten wir es für erforderlich, dass die Menschen in und gegenüber der wirtschaftlichen Globalisierung ihre Eigenschaft als zum Handeln befähigte Subjekte zurückgewinnen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu Bildung. So kann sich ein Stück weit verwirklichen, wozu wir befreit sind, nämlich solidarisch Mensch zu sein.

4. WAS WIR EINGESTEHEN

Selbstkritische Reflexion über unser Handeln als Kirche

„Stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes.“ (Röm 12,2)

Im Glaubensbekenntnis bekennen wir die Kirche als „heilige“. In unserem kirchlichen Alltag, in unseren Gremien und Entscheidungen erleben wir uns hingegen immer wieder auch als verstrickt in unheilige Mächte, Gewalten und Zwänge. Von unserem Glauben her haben wir uns kritisch mit dem Menschenverständnis in der globalisierten Wirtschaft auseinandergesetzt. Wir müssen aber selbstkritisch eingestehen, dass es uns als Kirche oftmals nicht gelingt, uns eben dieser heute vorherrschenden Denkweise zu entziehen.

Wir erleben uns als getrieben von gewaltigen Sparzwängen und fällen in Gemeinden und im Kirchenkreis Entscheidungen, die der Logik von Effizienz und Ressourcenverknappung folgen müssen, die wir aber im selben Augenblick für inhaltlich fragwürdig halten. So finden wir uns oft in einem Dilemma wieder, etwa zwischen Arbeitsbedingungen und sogar Arbeitsplatz von Mitarbeitenden und langfristig tragfähigen Strukturen zur Erfüllung unseres Auftrags entscheiden zu müssen. Als treue Haushalter Gottes sind wir zu einem effizienten Umgang mit den finanziellen Mitteln der Kirche gerufen, aber manchmal gewinnt das Denken in Kategorien von Effizienz, Rationalität und Wachstum Herrschaft über uns und verdeckt unseren Auftrag, unserem kommenden Herrn den Weg zu bereiten.

Gerade jetzt, in Zeiten knappen Geldes, sind wir als Gemeinde auf gute Kapitalerträge für unsere Rücklagen angewiesen. Aber oft fragen wir nicht danach, wie zustande kommt, dass die möglichst hohen Zinsen gezahlt werden können: vielleicht durch Stellenabbau oder durch menschenunwürdige, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern oder durch die Ausplünderung der Natur.

Auch als Kirche können wir kaum Abstand halten von einer Ideologie des „billiger ist besser“. Obwohl wir wissen, dass es sozialetisch sinnvoll ist, fair gehandelte Produkte zu verwenden, ist das in unseren Häusern nicht Standard. Auch als Kirche haben wir mit unserer eigenen Trägheit zu tun, die uns das Rechte erst morgen angehen lassen will.

Auch von unseren indonesischen Partnern hören wir, dass sie sich als Kirche durch die wirtschaftliche Globalisierung in einem Dilemma erleben: In wieweit kann sie den jungen Frauen abraten, in den Sonderwirtschaftszonen mit ihren menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, wenn es dort eben Arbeit gibt, die zwar schlecht bezahlt wird, aber doch zum Überleben hilft? Könnte sie unter dem Hinweis, dass Bauern durch den Einsatz von Pestiziden in Abhängigkeit von transnationalen Konzernen geraten, ihnen die dadurch erzielte geringe Verbesserung ihres Lebensstandards verwehren?

Hüben wie drüben haben wir es mit der Erfahrung zu tun, dass mit der wirtschaftliche Globalisierung die immer vorhandene Differenz zwischen der erlebten, sichtbaren Kirche und der geglaubten, unsichtbaren Kirche neu akzentuiert und vertieft wird.

Als Christinnen und Christen sind wir gewiss, dass der Heilige Geist „die ganze Christenheit auf Erden beruft, sammelt, erleuchtet, heiligt und bei Jesus Christus erhält im rechten, einigen Glauben“ (LKK zum dritten Artikel). Wir leben davon, dass er „in (dieser) Christenheit ... mir und allen Gläubigen täglich alle Sünden reichlich vergibt.“ (ebd.) Unsere Verstrickung in die genannten Zwänge und ungerechte Strukturen begreifen wir als einen Teil dieser Sünden, deren Vergebung wir immer wieder bedürfen. Dass Jesus Christus uns aus der Macht der Sünde, „aus den gottlosen Bindungen dieser Welt“ befreit hat, macht uns fähig zur Veränderung, „zum freien, dankbaren Dienst an seinen Geschöpfen“ (Barmen II). Weil wir „als Glieder an dem Herrn Christo und allen seinen Schätzen und Gaben Gemeinschaft haben“, sollen wir uns unsere „Gaben zu Nutz und Heil der andern Glieder willig und mit Freuden anzulegen ... schuldig wissen“ (HK 55).

Darum bekräftigen wir im Anschluss an die Barmer Theologische Erklärung, dass die Kirche sich nicht von den gerade herrschenden geld-, markt- und konsumorientierten wirtschaftlichen Überzeugungen leiten lassen darf, sondern dass sie auch in ihrem ökonomischen (finanziellen, konsumtiven, dienstrechtlichen, ökumenisch teilenden usw.) Handeln „zu bezeugen (hat), dass sie allein sein (Jesu Christi) Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte“ (Barmen III). Als Gemeinde von Schwestern und Brüdern brauchen wir dazu die Stimme unserer weltweiten Geschwister.

5. WAS WIR UNS VORNEHMEN

„Gott hat uns nicht gegeben einen Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.“ (2. Tim 1,7)

Im Vertrauen auf Gott, der uns den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit gibt, und in der Hoffnung darauf, dass auch aus kleinen Schritten Größeres wachsen kann, wie wir das mit Freude am Erfolg der „Weltläden“ und der Ausweitung des fairen Handels sehen, beschließen wir:

1. Der Kirchenkreis und seine Einrichtungen werden bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen darauf achten, dass die Betroffenen als konkrete Menschen hier und weltweit kenntlich bleiben und in ihren Lebensbedürfnissen, ihrer Würde und ihren Rechten wahrgenommen werden.
2. Darum werden der Kirchenkreis und seine Einrichtungen insbesondere
 - bei ihren Finanzanlagen verstärkt darauf achten, dass sie die Lebensmöglichkeiten für die Armen fördern und der Bewahrung der Schöpfung;dienen;
 - bei Konsum und Investitionen darauf achten, dass fair gehandelte, ökologisch produzierte und nachhaltig nutzbare Produkte eingesetzt werden.
3. Wir fordern alle Gemeinden des Kirchenkreises auf, genauso zu verfahren und bei ihren Mitgliedern für ein entsprechendes Handeln zu werben.
4. Wir verpflichten uns, den hier begonnenen Weg weiterzugehen. Wir beauftragen den Fachausschuss Umwelt, für die Kreissynode in zwei Jahren eine Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung auszuarbeiten, in der die Kriterien unseres Handelns weiter präzisiert und konkrete Maßnahmen angegeben werden.
5. Dabei soll uns die Stimme unserer Partnerkirche als Hilfe zur Ausrichtung in unserem Tun und Lassen dienen, das heißt, wir beziehen die Dimension der weltweiten Ökumene bewusst in unser binnenkirchliches Wirken wie in unser Wirken in und an der Gesellschaft ein.
6. Wir verpflichten uns, uns in die Debatte darüber einzumischen, wie Existenzsicherung der Menschen unter veränderten wirtschaftlichen und demografischen Bedingungen möglich ist.

Wir verstehen dies als Schritte, um umzusetzen, was wir in unserem Leitbild sagen: „Wir setzen uns für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ein. Wir sind gewiss, dass Gottes Treue uns tragen wird, wenn wir Vertrautes hinter uns lassen und Neues wagen.“

Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Synodenvorbereitung waren

Prof. Dr. Jörg Becker (Kreisvorsitzender des DGB Solingen),
Ass. Hans-Peter Pollmann (Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Solingen),
Dr. Michael Schlipköter (Vorstandsvorsitzender der Mozart AG)

sowie vom Evangelischen Kirchenkreis Solingen

Margarete Bick (Vorsitzende des Fachausschusses Umwelt),
Pfr. Thomas Förster (Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Pfr.
Dr. Eberhard Löschcke (Gemeindedienst für Mission und Ökumene),
Dr. Irmela Müller-Stöver (Mitglied des Kreissynodalvorstands),
Pfr. Hartmut Schneider (Synodalbeauftragter für Umweltfragen),
Pfr. Jens Schrader (Synodalbeauftragter für Ökumene, Weltmission und
Entwicklungsdienst).

Gesprächspartner der Arbeitsgruppe waren

Jens-Heinrich Beckmann (Geschäftsführer des Industrieverbands
Schneid- und Haushaltswaren),
Jürgen Hungerbach (lange Jahre in China tätiger Unternehmensberater),
Wolfgang Mehlau (Betriebsratsvorsitzende der Fa. Wilkinson) und
Belman Purba Dasuha (Ephorus der Christlich-Protestantischen Simalun-
gun-Batakkirche - GKPS).